Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	15.08.2023	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	05.09.2023	öffentlich

<p>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</p> <p>Anpassung der Förderung der Biologischen Stationen</p>
<p>Betroffene Produktgruppe</p> <p>11.13.02 Natur und Landschaft</p>
<p>Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen</p> <p>keine</p>
<p>Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan</p> <p>keine</p>
<p>Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)</p> <p>Umweltausschuss, 19.02.1992, TOP 5 Umweltausschuss, 20.04.1992, TOP 2 c UStA, 15.02.2005, TOP 7, Drs.-Nr. 527 und Nachtragsvorlage FiPA, 08.03.2005, Top 8, Drs.-Nr. 527 und Nachtragsvorlage AfUK, 15.10.2013, TOP 8, Drs.-Nr. 6333/2009-2014 FiPA, 05.11.2013, TOP 9, Drs.-Nr. 6333/2009-2014</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt, der Finanz- und Personalausschuss beschließt:</p> <p>Die Obergrenze für Zuschüsse an die Biologischen Stationen aus Haushaltsmitteln der Stadt Bielefeld für die im jeweiligen Arbeits- und Maßnahmenplan jährlich zwischen der Bezirksregierung Detmold, dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, der Stadt Bielefeld (Untere Naturschutzbehörde) und den Biologischen Stationen abgestimmten Tätigkeiten wird aufgehoben.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Biologische Station Gütersloh-Bielefeld und die Biologische Station Kreis Paderborn-Senne betreuen in Bielefeld Schutzgebiete, führen praktische Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes durch und betreiben Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit, die mit Verrechnungseinheiten VE (eine VE beträgt 60,95 €, Erlass vom MULV vom 18.03.2020) hinterlegt sind.</p> <p>Der Arbeitsumfang der Biologischen Stationen wird jährlich in einem Arbeits- und Maßnahmenplan festgelegt, der zwischen den Biologischen Stationen, dem Umweltministerium NRW, der Bezirksregierung und der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bielefeld abgestimmt wird.</p>

Über den vereinbarten Arbeitsumfang der Stationen hinaus werden vom Land regelmäßig zusätzliche Maßnahmen unterschiedlichen Umfangs in den Schutzgebieten gefordert und entsprechend mit 80 % gefördert. Die restlichen 20 % der Kosten haben die Kreise bzw. kreisfreien Städte als Eigenanteil zu tragen, da auch sie Nutznießer sind. So hat das Umweltministerium NRW z.B. in 2022 zusätzliche Verrechnungseinheiten zur Begleitung der Biodiversitätsberatung der Landwirtschaftskammer NRW durch die Biologischen Stationen zugewiesen, die nur in Anspruch genommen werden können, wenn die Finanzierung des Eigenanteils von 20 % aus kommunalen Mitteln gewährleistet ist.

Bei den früheren Beratungen und Beschlüssen über die Neuordnung der Förderung der Biologischen Stationen wurde vom Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie vom Finanz- und Personalausschuss beschlossen, in die mit dem Land zu schließende Rahmenvereinbarung eine Obergrenze für die Zuschüsse der Stadt Bielefeld aufzunehmen. Diese Obergrenze liegt derzeit bei 32.500 € (20 % iger städt. Eigenanteil) und ist nicht auskömmlich.

Um auf sich ändernde Anforderungen durch das Land (zusätzliche Kartierungen, Beratungen, Erhöhung der Verrechnungseinheiten) schnell und unbürokratisch reagieren zu können, soll die Obergrenze für den städt. Eigenanteil aufgehoben werden. Der ggf. zusätzlich zu erbringende städtische Anteil wird im Rahmen des vorhandenen Budgets des Umweltamtes gedeckt.

Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Adamski